

Israels Rechte streitet darüber, wer den jüdischen Staat regieren darf

Das Versprechen der „Einheit“ bedeutet für die Palästinenser, dass sie weiterhin mit demselben Staatsprojekt konfrontiert sind – unabhängig davon, wer Premierminister wird.



20. Oktober 2026 | Mohammad al-Ayoubi

Eine Woche vor den Wahlen in Israel am 27. Oktober konkurrieren der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und sein Hauptgegner, Gadi Eisenkot, um die Macht, einen Staat zu regieren, dessen jüdische Identität keiner von beiden in Frage stellt. Keines ihrer Lager verfügt über eine parlamentarische Mehrheit. Doch die politische Pattsituation führt bereits zu Diskussionen über Kompromisslösungen, die beide Seiten den Wählern zuvor als inakzeptabel dargestellt hatten.

Jüngsten Umfragen zufolge liegen das Bündnis des Ministerpräsidenten und die zionistische Opposition [nahezu gleichauf](#), wobei keine der beiden Seiten die für eine Mehrheit in der 120-köpfigen Knesset erforderlichen 61 Sitze erreicht. Eine Neuwahl bleibt möglich, zumal die Oppositionsführer eine Regierungskoalition mit palästinensischen Parteien ablehnen.

Der Kampf darum, wer eine Koalition bilden kann, verschärft einen grundlegenden Wettstreit: Wer kann die Sicherheit der Juden am besten gewährleisten und den jüdischen Staat am besten führen? Um diesen Wettstreit zu verstehen, muss man den Wandel der israelischen Gesellschaft betrachten, erklärt Suleiman Bisharat, Direktor des Yabous-Zentrums.

Dieser Rechtsruck hat sich bereits vor etwa einem Jahrzehnt vollzogen und ist nicht erst in den letzten zwei oder drei Jahren entstanden. Die Wählerschaft hat sich kontinuierlich in Richtung der Rechten und der extremen Rechten bewegt, wodurch sich der politische Spielraum, auf dem die Hauptkonkurrenten gegeneinander antreten, verengt hat.

Für Bisharat zeugt die Behauptung, Netanjahu vertrete die Rechte, während Eisenkot außerhalb dieser stehe, von einer Fehlinterpretation dieses Wandels. Netanjahu vertritt die extreme Rechte; auch Eisenkot gehört zur Rechten und zur extremen Rechten. Bei ihrer Rivalität geht es darum, wer

in Bezug auf die jüdische Identität und die Grundsätze, auf denen der Staat beruht, eine härtere Linie vertreten kann.

Die Rechte konkurriert mit sich selbst

Im Mittelpunkt des Wahlkampfs stehen die im [Nationalstaatsgesetz](#) von 2018 verankerte Identität des Staates und dessen religiös-nationaler Charakter. Diese Fragen betreffen die künftige Organisation eines jüdisch-religiösen Nationalstaates, einschließlich des Verhältnisses zwischen dessen Militär, religiösen Institutionen und politischer Führung.

Bisharat argumentiert, dass Netanjahu und Eisenkot darum wetteifern, ihre jeweiligen rechten Visionen für rechtsextreme Parteien überzeugender zu gestalten. Netanjahu hat nach der letzten Wahl den extremistischen Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben Gvir, in seine Regierungskoalition aufgenommen und versucht, erneut nach derselben Wahlkampflogik vorzugehen. Die Rhetorik der beiden Kandidaten bleibt trotz ihrer Rivalität im selben ideologischen Rahmen.

Dr. Saad Nimr, Professor für Politikwissenschaft an der Birzeit-Universität, kommt zu einer ähnlichen Einschätzung. Bei diesen Wahlen stehe die Rechte gegen die Rechte, erklärt er gegenüber „The Cradle“, wobei beide Kandidaten im rechten und rechtsextremen Spektrum angesiedelt seien. Er sieht kaum substanzielle Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des Staatsverständnisses: Beide berufen sich auf einen jüdischen und demokratischen Nationalstaat.

Ihr Streit dreht sich um dessen Führung. Eisenkot betrachte Netanjahu als einen herrischen Führer, mit dem er nicht zusammenarbeiten könne, so Nimr. Doch beide verfolgen im Großen und Ganzen dieselbe Richtung und teilen dieselben allgemeinen Vorstellungen.

Der Widerstand gegen Netanjahu hat Politiker zusammengebracht, deren Meinungsverschiedenheiten über Koalitionspartner ihre Differenzen über den Staat, den sie regieren wollen, überwiegen.

Netanjahu kämpft ums Überleben

Netanjahu geht unter rechtlichem und politischem Druck in den Wahlkampf, bleibt dabei jedoch die dominierende Figur in seinem Lager. Seine Kampagne macht die Wahl zu einem Referendum über die nationale Sicherheit und die jüdische Identität des Staates und stellt ihn als den unverzichtbaren Garanten für beides dar. Seine Betonung des an mehreren Fronten geführten „Befreiungskriegs“ dient zudem dazu, seine Verantwortung für die durch die Operation „Al-Aqsa-Flut“ aufgedeckten Geheimdienstversagen herunterzuspielen.

Netanjahu appelliert an seine religiöse und nationalistische Anhängerschaft und nutzt den noch nicht beendeten Krieg, um die Aufmerksamkeit von seinem Korruptionsprozess und seiner Verantwortung für die Ereignisse vom 7. Oktober abzulenken, wobei er seine Absetzung als Bedrohung für die Sicherheit des Staates und die jüdische Identität darstellt.

Gleichzeitig hat Netanjahu begonnen, sich von Ben Gvir zu distanzieren. Der Likud unterzeichnete eine [Vereinbarung](#) über die Verwertung von Überstimmen mit dem Religiösen Zionismus, wodurch Ben Gvirs Partei „Jüdische Kraft“ von dieser Vereinbarung ausgeschlossen wurde. Netanjahu erklärte zudem, der Likud werde die [Ressorts](#) Verteidigung, nationale Sicherheit und Justiz behalten, und wies damit Ben Gvirs Forderungen nach Ministerposten zurück.

Kulturminister Miki Zohar ist noch einen Schritt weiter gegangen und hat öffentlich eine [Rotationsregierung](#) mit Eisenkot vorgeschlagen, in der Netanjahu zunächst das Amt übernehmen würde. Auch Präsident Isaac Herzog hat zugesagt, sich dafür einzusetzen, dass es nicht zu Neuwahlen kommt. Diese Signale lassen die Möglichkeit offen, dass Netanjahus Druck auf Ben Gvir einem zweiten Zweck dient: nach der Wahl den Weg für eine Einigung mit Eisenkot zu ebnen.

Nimr meint, Netanjahu könnte auf Ben Gvir verzichten, wenn eine breitere politische Koalition einen besseren Weg zur Macht bietet. Vieles wird von der Sitzzahl des Likud abhängen. Angesichts der Spaltungen innerhalb der potenziellen Koalitionen wird Netanjahu abwägen, wie viele Partner er benötigt und welche Zugeständnisse er machen muss, um sich diese zu sichern.

Sollte sein Block zu wenige Sitze erzielen, wird er versuchen, die notwendigen Stimmen trotz der Bedingungen seiner Partner – einschließlich derer der religiösen Parteien – zu sammeln. Nimr argumentiert, dass Netanjahus oberstes Ziel eine von ihm geführte Regierung ist, selbst wenn der Preis dafür im Widerspruch zu den Präferenzen seiner eigenen Partei steht.

Eisenkots Sicherheitsalternative

Eisenkot hat sich als Netanjahus [stärkster Herausforderer](#) herauskristallisiert. Eine Umfrage der Zeitung „Maariv“ vom 16. Oktober sah ihn in puncto Eignung für das Amt des Ministerpräsidenten mit 48 Prozent der Stimmen vor Netanjahu (41 Prozent) und prognostizierte seiner Partei „Yashar“ 21 Sitze gegenüber 18 Sitzen für den Likud. Andere Umfragen weisen zwar unterschiedliche Abstände auf, lassen jedoch wiederholt beide Lager ohne Regierungsmehrheit zurück.

Auf der Grundlage seiner Amtszeit als Generalstabschef zwischen 2015 und 2019 präsentiert sich Eisenkot als Kandidat für Sicherheit und Einheit. Sein Programm umfasst eine staatliche Untersuchungskommission zu den Fehlern im Oktober, eine neue nationale Sicherheitsdoktrin sowie ein umfassendes Wehrdienstgesetz, das auch Haredim und Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft einbezieht. Für die Palästinenser sieht die vorgeschlagene Verpflichtung einen nationalen Zivildienst vor, anstatt einer allgemeinen Wehrpflicht.

Seine Alternative bleibt fest im zionistischen Rahmen des Staates verankert. Er hat die Anerkennung Israels als jüdischen und demokratischen Staat, die Einhaltung der Unabhängigkeitserklärung und die Akzeptanz der Wehrpflicht zu [Bedingungen](#) für Koalitionspartner gemacht. Auf dieser Grundlage hat er palästinensische Parteien ausgeschlossen.

Netanjahu und Eisenkot sind sich einig über die Bewahrung des jüdischen Staates und seiner Sicherheitsdoktrin. Uneinig sind sie sich darüber, wer ihn führen soll, welche Parteien an der Macht beteiligt sein sollen und wer in den Streitkräften dienen muss.

Der Preis der Haredim für die Macht

Die Parteien Shas und „United Torah Judaism“, die zusammen auf etwa 14 bis 16 Sitze kommen, stehen im Mittelpunkt der schärfsten Meinungsverschiedenheiten. Sie spielen nach wie vor eine zentrale Rolle in Netanjahus Koalitionsüberlegungen, während ihre Ablehnung der Wehrpflicht im Widerspruch zu Eisenkots Programm steht.

Aufgrund ihres parlamentarischen Gewichts ist jede Einigung über die Wehrpflicht untrennbar mit den Verhandlungen über die nächste Regierung verbunden. Netanjahu hat wiederholt versucht, die

Wählerschaft dieser Parteien vor der Wehrpflicht zu schützen, um sich deren Unterstützung zu sichern.

Die Rechtsgrundlage für pauschale Ausnahmeregelungen für Haredim wurde 2024 aufgehoben. Bis Oktober 2026 bezifferten israelische Medienberichte die Gesamtzahl der als [Wehrdienstverweigerer](#) eingestuften Personen auf rund 110.000, von denen etwa 80 Prozent Haredim waren.

Angesichts der wachsenden Zahl von Wehrdienstverweigerern wird es immer schwieriger, die Ausnahmeregelungen der religiösen Parteien von den Belastungen zu trennen, denen aktive Soldaten und Reservisten ausgesetzt sind.

Im Juli sprach sich Militärführer Eyal Zamir [gegen ein Gesetz aus](#), das Festnahmen und Strafverfolgungsmaßnahmen gegen haredische Wehrdienstverweigerer aussetzen sollte, und warnte, dies würde angesichts des Personalmangels zur Missachtung der Vorschriften ermutigen.

Das Gesetz sah einen siebenmonatigen Schutz für Yeshiva-Studenten vor. Die Gerichte erklärten es anschließend für ungültig, doch die [Durchsetzung](#) blieb stockend, sodass Netanjahus religiöse Koalitionspartner einen Großteil des von ihnen angestrebten Schutzes behalten konnten.

Bisharat verortet den Konflikt in einer Gesellschaft, die sich um Sicherheit und die Wahrnehmung existenzieller Gefahr dreht. Eisenkot fordert eine gerechtere Verteilung der Sicherheitsaufgaben, während Netanjahu die Haredim als „verwöhntes Kind“ behandelt und ihren Forderungen nachgibt, ohne eine entsprechende militärische Beteiligung zu verlangen. Die Wehrpflicht wird daher nach der Wahl eines der wichtigsten Verhandlungsthemen sein.

Nimr sagt, Eisenkots Beharren auf dem Militärdienst der Haredim sei von Anfang an klar gewesen, ebenso wie die Ablehnung durch die religiösen Parteien. Netanjahu sucht unterdessen nach Kompromissen, darunter die Einberufung von nur 30 Prozent in nicht kämpfende Funktionen. Die Frage ist, wie viel die religiösen Parteien akzeptieren würden, ohne die Ausnahmeregelungen aufzugeben, die ihre Führung seit Jahrzehnten verteidigt.

Sollten beide Kontrahenten weitreichende Ausnahmeregelungen ablehnen, stehen die Haredi-Parteien vor einer schwierigen Entscheidung. Sie bevorzugen eine Regierungsbeteiligung, da diese die Finanzierung ihrer religiösen Schulen und Einrichtungen sicherstellt.

Ein Angebot Netanjahus, das nicht die vollständige Wehrpflicht vorsieht, könnte sie daher in seinem Lager halten – selbst nach einem Wahlkampf, der von Auseinandersetzungen um ihre Privilegien geprägt war.

Eine Einheitsregierung für den jüdischen Staat

Die Pattsituation hat die Diskussion über eine Einheitsregierung aus Netanjahu und Eisenkot wiederbelebt. In der „Maariv“-Umfrage vom 16. Oktober sprachen sich [55 Prozent](#) für eine Einheitsregierung statt weiterer Wahlen aus, falls die Wahl kein eindeutiges Ergebnis bringen sollte.

Avigdor Lieberman hat Eisenkot vorgeworfen, sich darauf vorzubereiten, Netanjahu erneut durch eine Vereinbarung zwischen dem Likud und den Haredim zu retten. Seine Angriffe spiegeln die Befürchtung wider, dass die Kampagne der Opposition zur Absetzung Netanjahus damit enden könnte, dass ihr stärkster Kandidat gemeinsam mit ihm in die Regierung eintritt. Lieberman hat einen Beitritt zu einer von Netanjahu geführten Koalition ausdrücklich ausgeschlossen.

„Israel Hayom“ hat über einen Vorschlag für eine breite Regierung berichtet, die an Washingtons regionale Pläne geknüpft ist. Gemäß der [berichteten Vereinbarung](#) würde Netanjahu bis zu zwei Jahre im Amt bleiben, um Kriege zu beenden und Abkommen mit Staaten der Region auszuhandeln, bevor er zurücktritt. Eisenkot könnte die Entlassung von Ben Gvir und Finanzminister Bezalel Smotrich, eine Untersuchung im Oktober sowie einen Stopp der Justizreform fordern.

Der US-Botschafter in Israel, Mike Huckabee, hat sich mit Eisenkot und anderen politischen Konkurrenten getroffen – bestritt jedoch öffentlich, dass Washington auf die gemeldete Einheitsvereinbarung dränge.

Im Rahmen einer solchen Vereinbarung würde Netanjahu das Amt des Ministerpräsidenten behalten, die nächste Phase der regionalen Verhandlungen leiten und behaupten, sein politischer Kurs habe sich durchgesetzt, selbst nachdem er einige seiner derzeitigen Verbündeten aufgegeben habe.

Die politische Geschichte Israels bietet einen Präzedenzfall für die Machtteilung zwischen erbitterten Wahlrivalen. Nach der Wahl von 1984 bildeten Shimon Peres und Yitzhak Shamir trotz der Feindseligkeiten zwischen ihren Lagern eine Regierung der nationalen Einheit mit wechselndem Ministerpräsidenten.

Das Fehlen vergleichbarer persönlicher Feindseligkeiten zwischen Netanjahu und Eisenkot könnte eine Einigung denkbar machen, sofern beide die Alternativen als noch schlechter erachten. Netanjahu könnte den Deal als Sicherung einer weiteren Amtszeit verkaufen; Eisenkot könnte sich dafür rühmen, die Minister entfernt zu haben, die am engsten mit den Exzessen der Regierung in Verbindung stehen.

Professor Nimr bleibt skeptisch. Jeder präsentiert sich als Führer und weigert sich, unter dem anderen zu dienen. Ein Pakt würde zudem Eisenkots Beziehungen zu Oppositionspartnern wie Lieberman gefährden.

Selbst wenn die Bewahrung des jüdischen Staates angesichts einer als existenziell empfundenen Bedrohung die beiden zusammenbringen würde, könnten Streitigkeiten über die Führung und die Koalitionsbedingungen die Vereinbarung schnell untergraben.

Nach Nimrs Einschätzung wäre eine zweijährige Rotation denkbar, doch Netanjahu würde darauf bestehen, zuerst das Amt zu übernehmen. Eisenkot hat seinerseits die Rotation öffentlich abgelehnt und gefordert, dass ein Ministerpräsident eine volle Amtszeit absolviert. Netanjahus Forderung, zuerst an der Reihe zu sein, würde bedeuten, dass Eisenkot diese Position vor seinem Amtsantritt aufgeben müsste.

Bisharat betont, dass die Wahlkonstellation noch offen ist. Die Wahlbeteiligung der palästinensischen Bürger in den 1948 besetzten Gebieten könnte es Netanjahu erschweren, eine Mehrheit zu bilden; eine geringere Beteiligung würde ihm mehr Spielraum verschaffen.

Auch die Wahlbeteiligung der Haredim und das Schicksal kleinerer Listen werden eine Rolle spielen. Der entscheidende Kampf beginnt nach der Wahl, wenn die Parteien ihre Sitze in Verhandlungsmacht umwandeln und entscheiden müssen, welche Wahlversprechen sie bereit sind, gegen Ämter einzutauschen.

Die Palästinenser stehen vor derselben Herausforderung

Ein Wechsel des Ministerpräsidenten würde die Grundlagen des Staates unberührt lassen. Netanjahu stützt sich auf religiöse und nationalistische Verbündete, während Eisenkot militärische Autorität und eine geordnetere Verwaltung mitbringt.

Eine breite Einheitsregierung könnte die Macht unter ihnen neu verteilen und gleichzeitig das Bekenntnis zum jüdischen Staat und zur Sicherheit Israels aufrechterhalten. Der Ausschluss der offen extremistischsten Minister würde es den Architekten dieser Regierung ermöglichen, einen politischen Bruch zu signalisieren, während die Beziehungen des Staates zu den Palästinensern weitgehend unberührt blieben.

Bisharat erwartet keine grundlegende Veränderung des Charakters oder der Prinzipien des Staates. Die Rechte dominiert, und ihre wichtigsten Konkurrenten wetteifern darum, wer diese Prinzipien am energischsten verteidigen kann. Ihre Auseinandersetzung könnte zu einer Neuordnung der Koalition führen, ohne den Palästinensern eine politische Alternative zu eröffnen.

Professor Nimr argumentiert in ähnlicher Weise, dass die Haltung des Besatzungsstaates gegenüber Palästina unabhängig vom Wahlsieger bestehen bleiben wird. Die Koalition mag zwar ihre Minister und ihren öffentlichen Diskurs ändern, doch die Wählerschaft wird aufgefordert, zwischen rivalisierenden Verwaltern desselben Staates zu wählen.

Er sieht in der Ablehnung eines palästinensischen Staates, den Ansprüchen auf das gesamte Land Israel und der ethnischen Säuberung eine Kontinuität dieses Vorhabens. Für die Palästinenser bietet ein Führungswechsel kaum Aussicht auf ein Ende der Enteignung und der militärischen Vorherrschaft.

Eine Regierung unter Eisenkot müsste ihre Wahlversprechen mit den Forderungen etwaiger haredischer Koalitionspartner in Einklang bringen. Ein Sieg Netanjahus würde die Verhandlungen mit der religiösen und nationalistischen Rechten wieder aufnehmen.

In beiden Fällen bleibt der Staat an dieselbe Formel gebunden: jüdisch und demokratisch, wobei sich seine Führer über die Grenzen dieser Begriffe streiten, während die Palästinenser weiterhin der Macht unterworfen bleiben, die beide Lager auszuüben suchen.